

Weltweizen

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Belegungsstellen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: je 1 Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle und Redaktion: Silberhofsstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Nachbestellung: Dresden Nr. 18699
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neuroman gezeichnete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Reklamazeile einschließlich an dem dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Silberhofsstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Ermacht behält sich Anbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Montag den 31. März 1930 Nummer 76

Bürgerblock-Diktatur perfekt

Brüningkabinett vom „Mutterrepublikaner“ Birth bis zum Hugenbergminister Schiele — Sozialdemokratisches Oppositionsmandat soll den proletarischen Massensturm verhindern — Unsere Forderung: Revolutionäre Einheitsfront zum Kampf gegen Youngkurs und seine Einheitscher!

Berlin, 31. März

Der von Hindenburg ernannte Reichskanzler Dr. Brüning hat folgende Ministerliste zusammengestellt:
Dr. Groener, Reichswehrminister,
Dr. Curtius, Reichsminister des Auswärtigen,
Dr. Schäkel, Reichspostminister,
Prof. Dr. Moldenhauer, Reichsminister der Finanzen,
Dr. Birth, Reichsminister des Innern,
Dr. Dietrich, Reichswirtschaftsminister,
Dr. Stegerwald, Reichsarbeitsminister,
v. Guérard, Reichsverkehrsminister,
Dr. Schiele, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,
Prof. Dr. Dr. Bredt, Reichsminister der Justiz,
Treviranus, Reichsminister für die besetzten Gebiete.

Zum Stellvertreter des Reichskanzlers, gemäß § 7 der Geschäftsordnung der Reichsregierung, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers, dem Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich bestellt.
Dem Kabinett gehören also neben der Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und der Kaiserlichen Volkspartei sowie dem Reichswehrminister Groener auch der Wirtschaftsparteiler Dr. Bredt als Justizminister, der Volkswirtschaftler (schematisch deutschnationale) Treviranus als Minister ohne Portefeuille, und vor allem der deutsch nationale Landkulturlührer Schiele als Ernährungsminister an.

Die Bürgerblockregierung wird bereits heute nachmittag zusammenzutreten und zum Regierungsprogramm Stellung nehmen, das morgen Dienstag im Reichstag verlesen werden soll. Der hugenbergische „Montag“ will wissen, daß Dr. Moldenhauer als Reichsfinanzminister das Steuerprogramm des

alten Kabinetts, das bekanntlich die Zustimmung auch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefunden hat, wieder aufstellen will. Einen erheblichen Teil soll in der Regierungserklärung das Agrarprogramm einnehmen. So soll im wesentlichen in einer Ermächtigung für das Reichskabinett bestehen, die auf sozial- und marktpolitischen Gebiet notwendigen Maßnahmen vorzunehmen und für Weizen einen Höchstpreis von 200 RM und für Roggen einen solchen von 200 RM festzusetzen. Dazu sollen Ermächtigungen zur Sicherung der Viehzucht und Fleischpreise, insbesondere der Schweinepreise kommen und außerdem eine umfassende Schuldenaktion für die Großgrazier. Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ schreibt, sie sei zu der Erklärung ermächtigt, daß sich Schiele als Ernährungsminister als Schwächling der „Grünen Front“ fühle und die Verpflichtung zur Durchführung eines ausreichenden Rentabilitätsprogramms der Landwirtschaft übernommen habe. Schiele habe sich erst dann zur Annahme seines neuen Ministeramtes entschlossen, als er alle Bürgerblöcke gekannt habe, daß seine Bedingungen mit aller ehestmöglichen Beschleunigung erfüllt werden. Schielens Programm sei unverändert das Programm der „Grünen Front“. Wenn Schiele das Reichsernährungsministerium übernommen habe, so bedeute das, daß auch der Reichspräsident sich keine Forderungen zu eigen gemacht habe.

Ferner bemerkt der „Montag“, daß der Panzerkreuzer B in den Etat wieder eingestellt werde. Außerdem wird behauptet, daß Dr. Birth als neuer Innenminister und „entschiedener Republikaner“ noch besondere Garantien für die schärfste Anwendung des Republikankurses gegen die revolutionäre Arbeiterkassette schaffen werde.

Die Montagpresse betont außerdem übereinstimmend, daß Brüning für den Fall, daß er im Reichstag keine Mehrheit für sein Kabinett finde, mit Hilfe des Artikels 48 sowohl das Finanzprogramm als auch das Agrarprogramm durchführen werde.

Schafft klare Fronten!

Dresden, den 31. März.

Das Brüning-Kabinett ist die neue Bürgerblockdiktatur, angefangen mit dem von der SPD genannten „Mutterrepublikaner“ Birth bis zu Schiele, dem ausgemachten Reaktionsführer und Vertreter der Junker. Ueber die parlamentarische Sicherung dieses Kabinetts berichtet die Morgenpresse, daß die Deutschnationalen sich wahrscheinlich der Stimme enthalten bzw. bei der Abstimmung Abstimmmandierungen vornehmen würden. In jedem Falle bleibt dieser Regierung des Bürgerblocks der Artikel 48 als dem Ausnahmeparagraphen zur Durchführung der Finanzpolitik, der erbschaftslosen Vermögensübertragung und Unterdrückung der arbeitenden Massen. Der Schachtel der Reichswahrgenrate geht um in der Weimarer Demokratie.

Das Proletariat bedarf in dieser ernsten Stunde aller Kraft, aller Einheit, um dem Generalangriff des Finanzkapitals zu begegnen und seine Lebensforderungen durchzusetzen. Die Voraussetzung dazu ist die klare Erkenntnis über die Rolle der Sozialdemokratie die diese bei der Bildung des Bürgerblocks gespielt hat und künftig spielen wird. Würden die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen gerade jetzt den Vermittlungs- und Oppositionsmandat der sozialdemokratischen Führer zum Opfer fallen, es wäre ein Vankerschlag gegen die eigene Klasse.

Wir müssen es immer und immer wieder jetzt bedeuten der arbeitenden Massen sagen und erklären: Wenn jetzt der Bürgerblock das Regiment des Hungers und Terrors gegen das Proletariat in verstärktem Maße durchführt, so war es nur möglich durch die sozialdemokratische Koalitionspolitik. Die SPD hat einschließlich der „Linken“ den Youngplan verabschiedet, dessen innerpolitische Durchführung unter dem Regime Müllers begonnen und vom Bürgerblock weitergeführt wird. Sie hat einschließlich der „Linken“ das Republikanische Gesetz geschaffen, das dem Bürgerblock die Handhabe zur blutigen Terrorisierung des Proletariats gibt. Sie hat noch in den letzten Tagen einschließlich der „Linken“ Zollgesetze verabschiedet, die jetzt von dem Bürgerblockkabinett ausgeführt werden. Die Ketten, mit denen das Brüning-Kabinett jetzt die arbeitenden Massen zu fesseln sucht, sind die Ketten der sozialdemokratischen Koalitionspolitik!

Es ist eine niederträchtige Lüge des sozialdemokratischen Parteianführers und vor allem der „linken“ SPD-Presse in Sachsen, als habe die SPD um der Beibehaltung der Arbeitslosenversicherung willen die Koalition geprügelt. Die Arbeitslosenversicherung war bereits unter der Herrschaft Müllers in einem Geleis des Hungers gemacht worden, und auch noch in den letzten Tagen war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit, durch Erhöhung des Versicherungsbeitrages die Arbeitslosenversicherung auf Kosten der betriebsfälligen Arbeiter zu „kanalisieren“. Wenn die SPD-Führer im letzten Augenblick vor der volksparteilichen Forderung zurückwichen, so nicht, weil sie nicht stumpf genug dem gemeinen waren, sondern weil sie die Abrechnung der Massen, die stürmische Empörung ihrer eigenen Mitgliedschaft fürchteten. Der Chefredakteur des Berliner Tageblattes „lächelt in seinem wärtigen Zeitungsartikel die Sache aus dem Sauf, wenn er schreibt:

...Wie ist denn diese nicht ganz vollständige Einigkeit zustande gekommen? Man soll uns nicht erzählen, auch sozialdemokratische Abgeordnete, bei denen das Licht des Geistes nicht völlig erloschen ist, hätten aus innerer Überzeugung den ungeheuren Fehler mitgemacht und seien ohne Widerstreben dem Rufe: „Nieder mit der eigenen Regierung!“ gefolgt. Seit Wochen und Monaten hatte man der Anhängerfraktion im Lande die Arbeitslosenversicherung als ein Monument dargestellt, an dem kein Steinchen verschoben werden dürfe, nicht die geringste Minderung gestattet sei. Unter vier Augen gab man zu, daß das Monument einige Schönheitsfehler aufweise, aber vor den Wählern hielt man diese feierlichen Gedanken geheim. Weil die Volkspartei, die Partei der Unterdrückten und Groß-

Polizeiüberfall auf den Bauernkongress

Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten im Dienste des Bürgerblocks

Die „rote Fahne“ meldet:
Sonntag mittag erschienen auf dem 1. europäischen Bauernkongress eine Bereitschaft Schupo und etwa 40 Beamte der Abteilung A, die sofort sämtliche Zugänge sperren. Der Leiter dieser provokatorischen Polizeiaktion forderte die Pässe der Anwesenden ein und erklärte sämtliche Ausweispapiere nicht nur der ausländischen, sondern auch der deutschen Delegierten für beschlagnahmt. Auf heftigen Protest wurde nur einem Teil der Delegierten die Pässe zurückgegeben. Die meisten Ausweispapiere wurden für „verdächtig“ erklärt und zurückgehalten.

Von den anwesenden Delegierten wurden 31 verhaftet und auf offenkem Polizeiauto durch die ganze Stadt zum Polizeipräsidium gefahren.

Beim Abtransport der Verhafteten kam es mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Delegierten, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren, und den Beamten. Besonders heftig wurde der Unversittet Oxford, der Studienratler auf dem Kongress weilte, sich in der Erregung von den Polizeibeamten los, um bei der britischen Gesandtschaft zu intervenieren.

Auch die Deutschen Kongreßteilnehmer, selbst Abgeordnete, wurden trotz ihrer Immunität, belästigt und mißhandelt. Dem Reichstagsabgeordneten Genossen Fug, der die Aktion photographiert hatte, um Beweismaterial in Händen zu haben, wurde der photographische Apparat mit Gewalt entzogen. Einem wurde aus dem Saal verhaftet, weil er einen Beamten „geschubst“ habe. Er wurde an den Handgelenken herausgeführt.

Diese ganze großartig angelegte Polizeiaktion gegen einen in aller Öffentlichkeit tagenden Kongress hat offensichtlich den Zweck, den Polizeiparolen der verhassten imperialistischen Staaten Europas die Lippe der Delegierten aus ihren Ländern vorzulegen.
Wir wissen, welches Los insbesondere die Bauern aus den Ländern der offenen sozialistischen Diktatur erwarten, wenn sie ihren Polizeibehörden als Teilnehmer eines internationalen revolutionären Kongresses benannt werden.

Um so schamloser ist diese Aktion SPD-Jörgels. Die SPD bemerkt damit nur noch einmal, daß sie auch außerhalb der Regierung unter dem Regime des Bürgerblocks den Terror gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern durchführt wird.

Riesenstreik in der Bekleidungsindustrie

Seit morgen ist der Streik der Bekleidungsarbeiter in Deutschland ausgebrochen. Es kommen 40000 Beteiligte in Frage. In Dresden wird getreift bei Cordero, Cger, Tierbach, Rosener und Wildenberger für Kollidneiderei, für Damenkleidererei Mosberg und Pirich.

Die Polizei ist alarmiert, um den Ausbeutern gegen die Streikenden behilflich zu sein. Diese Tatsache beweist die politische Bedeutung des Streikes. Die Reformisten üben die politische Taktik des Teufels. Aber wir sagen den Bekleidungsarbeitern: Defensiv ist der Tod. Stellt euch los die Arbeit ein! Streik auf der ganzen Linie, das muß die Lösung sein.

„Während am Weltmarkt die Weizenpreise herunterstürzen und noch nicht abzusehen ist, ob nicht ein volles Debakel am Weltweizenmarkt ausbricht, hat sich der Preis für Weizen in Deutschland nur ganz wenig geändert. Für den Fall aber einer Katastrophe, die aus den eingesparten Ueberschüssen Amerikas und Canadas entstehen könnte, ermächtigt die Katastrophenklausel der letzten Regierungsvorlage die Reichsregierung, den Zoll unbeschränkt zu erhöhen.“
(Der bisherige Landwirtschaftsminister Dietrich erklärt in diesem Satz, daß die Junker nie die Auslands konkurrenz zu fürchten brauchen, weil die Müller-Regierung durch die Möglichkeit der unbeschränkten Zollerhöhung den Profit der Junker unter allen Umständen gesichert hat.)